

Aktivitäten des Councils vermittelt. Auch seine personelle Zusammensetzung wird aufgeschlüsselt; viele bekannte Persönlichkeiten der US-Außenpolitik tauchen in den Mitgliedslisten auf. Die Lesbarkeit der Studie wird indes durch die evidenten Schwierigkeiten des Verfassers mit den Interpunktionsregeln der deutschen Sprache leicht getrübt. Hier hätten die Herausgeber der Studienreihe korrigierend eingreifen müssen.

*Hans-Dieter Kreikamp, Koblenz*

Günter J. Trittel, Hunger und Politik. Die Ernährungskrise in der Bizone (1945–1949) (= Historische Studien, Bd. 3), Campus Verlag, Frankfurt/Main etc. 1990, 380 S., geb., 78 DM.

Paul Erker, Ernährungskrise und Nachkriegsgesellschaft. Bauern und Arbeiterschaft in Bayern 1943–1953 (= Industrielle Welt, Bd. 50), Klett-Cotta, Stuttgart 1990, 480 S., Ln., 128 DM

Die beiden vorliegenden Arbeiten bilden eine wichtige Ergänzung zu den gerade in den letzten Jahren vermehrt erschienenen Studien über die wohl zentrale Problematik der unmittelbaren Nachkriegszeit, den Hunger und die Politik zu seiner Bekämpfung, da sie die bisher noch kaum untersuchte Situation in der amerikanischen Zone näher beleuchten.

Die Göttinger Habilitationsschrift von Günter J. Trittel versucht, die bestimmende Rolle der Ernährungsproblematik für die amerikanische und die britische Besatzungspolitik und für die politischen und wirtschaftlichen Weichenstellungen und Verhaltensmuster im frühen Nachkriegsdeutschland herauszuarbeiten. Im ersten Teil seiner Untersuchung zeigt der Verfasser, wie die Briten schon nach wenigen Monaten erkannten, daß sie Fragen der Demokratisierungs- und Sicherheitspolitik in Deutschland zugunsten von Ernährungsmaßnahmen zurückstellen mußten, um nicht einen völligen Zusammenbruch zu riskieren. Ihr Appell zu gemeinsamen Anstrengungen aller Alliierten wurde jedoch 1946 nur von den USA positiv beantwortet und führte zur Gründung der Bizone. Dieser rein ernährungspolitischen Maßnahme blieb der Erfolg versagt, weil sich die Amerikaner nur halbherzig auf eine zonenübergreifende Politik einließen. Erst die Verschärfung der Hungerkrise führte im Sommer 1947 zu einer Reorganisation der Bizone mit einer mit stärkeren Kompetenzen ausgestatteten deutschen Zentralverwaltung in Frankfurt und damit zu einer Abkehr von der in Potsdam vereinbarten Viermächte-Verwaltung Deutschlands. Als sich wenig später eine Wende in der amerikanischen Außenpolitik hin zu einem stärkeren weltpolitischen Engagement gegen den Kommunismus abzeichnete, gewann die fortdauernde krisenhafte Ernährungssituation in Deutschland an zusätzlicher Brisanz. Um den Westen des ehemaligen Reiches nicht an den Kommunismus zu verlieren, übernahmen nun die Amerikaner, von denen die wirtschaftlich schwer angeschlagenen Briten völlig abhängig geworden waren, die Kontrolle über die Ernährungsverwaltung in der Bizone. Die wirtschaftliche Stabilisierung als Voraussetzung der politischen Stabilisierung Westdeutschlands erhielt absolute Priorität. Mit massiven Lebensmittelimporten, der Einbeziehung der Westzonen in das ERP-Programm und der Währungsreform wurde eine Entwicklung eingeleitet, die schließlich zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland führte.

Für die deutschen Politiker, der Verfasser untersucht hierbei schwerpunktmäßig die Situation in Nordrhein-Westfalen und in Bayern, konstatiert Trittel zunächst wenig parteipolitischen Konfliktstoff in der Ernährungsfrage. Für alle Seiten standen der Kampf gegen den Hunger und damit die Forderung nach einer umfangreicheren Hilfe durch die Besatzungsmächte im Vordergrund. Differenzen gab es jedoch zwischen den einzelnen Ländern sowie den Ländern und der Zentralverwaltung in der Frage der gerechten Verteilung des

Mangels. Ihren Höhepunkt fanden diese Auseinandersetzungen im sogenannten »Kartoffelkrieg« des Winters 1947/48, als sich die Agrarländer Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern weigerten, den von der Verwaltung für Ernährung und Landwirtschaft zugunsten des Industrielandes Nordrhein-Westfalen festgesetzten Kartoffelablieferungsquoten nachzukommen. Erst als mit der Währungsreform des Jahres 1948 die Preise für industrielle und gewerbliche Produkte freigegeben wurden, entzündete sich zwischen landwirtschaftlichen Interessenvertretern, weiten Teilen von CDU/CSU und FDP auf der einen und der Ernährungsverwaltung unter Hans Schlange-Schöningen, der SPD und den Gewerkschaften auf der anderen Seite der in unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Zielsetzungen wurzelnde Konflikt über die weitere Beibehaltung der Lebensmittelbewirtschaftung, der 1949 durch die Bildung einer bürgerlichen Regierungskoalition zugunsten der von den Bauern gewünschten Aufhebung der Bewirtschaftung entschieden wurde.

Im zweiten Teil der Arbeit ergänzt der Verfasser seine Darstellung durch die zusammenfassende Herausarbeitung einiger Untersuchungsschwerpunkte. Vor allem in seinen Analysen des Einflusses der Ernährungskrise auf die anglo-amerikanische Deutschlandpolitik und der deutschen Haltung zum Hungerproblem kann er aber der Gefahr nicht ganz ausweichen, daß diese Kapitel stellenweise wie eine Wiederholung des ersten Teils seiner Abhandlung wirken. In einem Schlußkapitel über die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Auswirkungen der Ernährungskrise kommt Trittel im Gegensatz zu Werner Abels hauser zu der These, daß der Hunger »eine ganz wesentliche, wenn nicht *die* entscheidende Ursache für die Blockierung des wirtschaftlichen Aufschwungs gewesen ist« (S. 270), da er die physische Leistungsfähigkeit reduzierte und die Menschen zwang, ihre Kräfte auf die Lebensmittelbeschaffung zu konzentrieren. Er konstatiert die Außerkraftsetzung tradierter Moralvorstellungen und sozialer Bindungen durch die Notwendigkeit der Nahrungsbeschaffung, die oft genug die Grenze zwischen Legalität und Illegalität verwischte. Die Kräfteabsorption durch den Hunger, die Erkenntnis eigener Ohnmacht und die Gleichsetzung von schlechter Ernährungslage und Demokratie bewirkten nach seiner Einschätzung einen nur schwachen Politisierungsgrad in der Bevölkerung und eine distanzierte Haltung gegenüber der neuen Ordnung. Für weitgehende gesellschaftspolitische Umgestaltungen war seiner Auffassung nach in Westdeutschland damals keine Bereitschaft vorhanden.

Die Münchner Dissertation von Paul Erker bietet eine gute Ergänzung zu diesen Ausführungen, auch wenn sie über deren Zeitrahmen hinausgeht und ihren Untersuchungsschwerpunkt in Bayern hat. Während sich Trittel in erster Linie mit den politischen Auswirkungen der Ernährungskrise auseinandersetzt, analysiert Erker insbesondere ihre sozialen Folgen und die der Währungsreform für die Bauern und die Industriearbeiter. Die Beschränkung der Arbeit auf Bayern ist wohl nicht inhaltlich begründet. Es geht nicht darum, bayerische Besonderheiten herauszuarbeiten oder Vergleiche zu anderen Ländern anzustellen. Bayern steht eher als *pars pro toto*. Der regionale Ansatz hat offenbar arbeitstechnische Ursachen. Erker wollte sich damit, durchaus legitim, die Quellenlage überschaubarer machen.

Der Verfasser stellt einleitend auf allerdings etwas zu knappem Raum dar, daß verdeckte Inflation und Schwarzhandel bereits in der Zeit vor dem Zusammenbruch eingesetzt hatten und keinesfalls Ergebnisse des Kriegsendes waren. Seine eigentliche Untersuchung setzt jedoch erst 1945 ein. Sie gliedert sich in drei Teile, die die Situation vor, während und nach der Währungsreform näher beleuchten. Recht eindrucksvoll – und durch zahlreiche Tabellen und Diagramme ergänzt – zeigt Erker auf, wie sehr die Ernährungssituation nach Kriegsende bei der Arbeiterschaft Fragen des Arbeitsplatzes, der Arbeitszeit, der Entlohnung oder der Leistungsbereitschaft und -kraft bestimmten. Der Kampf gegen den Hunger stellte einen Interessengleichklang zwischen Unternehmern und Belegschaft her und verlagerte soziale Konflikte. Bei sinkender Kaufkraft und mangelhaftem Nahrungsmittelangebot wurden Lebensmittelzulagen und Teillentlohnung in Naturalien zum Ausdruck sozialer

Differenzierung. Die Währungsreform brachte der Arbeiterschaft trotz eines verbesserten Warenangebots durch das Bewußtwerden der Inflationsverluste, wiedereinsetzende Arbeitslosigkeit und den rapiden Preisanstieg bei zunächst fortbestehendem Lohnstop das Gefühl, Opfer einer unsozialen Maßnahme geworden zu sein. Erker stellt jedoch eine schnelle Aussöhnung mit der neuen Wirtschaftsordnung fest, da die mit dem Ende des Lohnstops einsetzenden Tarifverhandlungen die Einkommensituation rasch wieder verbesserten. Lediglich die steigende Arbeitslosigkeit warf einen Schatten auf das Bild des Aufschwungs und schuf neue soziale Konflikte.

Die Bauern waren als Erzeuger eher Nutznießer der Ernährungskrise, da sie mit ihrer volkswirtschaftlich zentralen Rolle vor notwendigen Strukturanpassungen bewahrt blieben und auch unrentable Höfe trotz zwangswirtschaftlich festgelegter niedriger Erzeugerpreise durch die Bedingungen des Schwarzen Marktes überleben konnten. Durch die Währungsreform sahen sich die Bauern mit steigenden Betriebsmittelpreisen, schwankenden Absatzchancen und mit Währungseinbußen konfrontiert. Sie forderten daher das Ende der Bewirtschaftung auch auf dem Ernährungssektor, um über höhere Preise für landwirtschaftliche Produkte einen Ausgleich für die erlittenen Einbußen zu schaffen. Der freie Markt legte jedoch die veralteten Besitz-, Betriebs- und Produktionsstrukturen offen und zwang viele kleinbäuerliche Betriebe zur Aufgabe. Obwohl der Verfasser insgesamt einen relativ raschen Mechanisierungs- und Rationalisierungsprozeß konstatiert, stellt er fest, daß die Bauern sich selbst eher als die Verlierer der neuen Marktsituation sahen und deshalb schon bald wieder agrarprotektionistische Forderungen erhoben.

Im Unterschied zu Trittel, der in einer Gesamtbewertung vor allem in der durchschnittlich 70prozentigen Wahlbeteiligung 1946/47 den Beleg für den hemmenden Einfluß des Hungers auf das Demokratiebewußtsein der Deutschen sieht, argumentiert Erker, zwar auf ebenso schmaler Untersuchungsbasis, jedoch weitaus überzeugender, daß gerade die bis zum Jahr 1948 zunehmenden Hungerstreiks sowie die Wahlbeteiligung und das Wahlverhalten bei den bayerischen Kommunalwahlen von 1948 gegen eine demokratiefeindliche Haltung sprechen. Deutlicher als Trittel sieht Erker in der zeitlichen Koinzidenz von wirtschaftlichem Aufschwung und westdeutscher Staatsgründung einen wesentlichen Grund für die rasche Akzeptanz, die die Bundesrepublik bei ihren Bürgern gefunden hat, ohne diese These allerdings näher zu belegen. Insgesamt läßt sich sagen, daß beide lesenswerte Arbeiten vorgelegt haben, die zeigen, wie entscheidend gerade die Ernährungskrise nach dem Krieg nicht nur den Weg zur Bundesrepublik beeinflußt, sondern auch das Denken und Handeln ganzer Generationen noch auf Jahrzehnte hinaus bestimmt hat.

*Manfred Peter Heimers, Haar b. München*

Christoph Buchheim, Die Wiedereingliederung Westdeutschlands in die Weltwirtschaft 1945–1958 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 31), Oldenbourg Verlag, München 1990, XVI + 205 S., Ln., 78 DM.

Buchheims Untersuchung ist ein weiterer Baustein der Veröffentlichungsreihe des Instituts für Zeitgeschichte, die sich auch der wirtschaftshistorischen Aufarbeitung der Besatzungszeit und der Anfangsphase der Bundesrepublik widmet. Buchheim geht auf zwei Betrachtungsebenen vor. Erstens stellt er dar, wie die westlichen Besatzungsmächte und später die Bundesrepublik die wirtschaftlichen Kontakte mit dem Ausland gestaltet haben. Zweitens untersucht er »die wechselseitige Bedingtheit der Eingliederung Deutschlands in die Weltwirtschaft einerseits und überhaupt erst des Zusammenwachsens der Volkswirtschaften des Westens zu einer Weltwirtschaft andererseits«. So wird die Wiedereingliederung Westdeutschlands in die Weltwirtschaft gleichbedeutend mit der Schaffung der libe-